

## 4.2. „Ökonomisierung“ – eine Option der Transformation der russischen Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren?

Erstmals seit vielen Jahrzehnten offenbarte sich für die russische Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren, dass binnenwirtschaftliche Engpässe ernsthafte Hindernisse für ein erfolgreiches internationales Engagement des Staates darstellen. Ein Ende der ideologischen Konfrontation und der Rüstungskonkurrenz mit dem Westen wurde aufgrund der Knappheit der wirtschaftlichen Ressourcen der Sowjetunion für den weiteren Rüstungswettbewerb bereitet. Genauso wie der letzte Außenminister der Sowjetunion Eduard Ševarnadze wirtschaftspolitische Instrumente in den Dienst der Außenpolitik des „Neuen Politischen Denkens“ einzusetzen suchte, unterstrich auch der erste Außenminister der Russischen Föderation, Andrej Kozyrev,<sup>1</sup> die Aufgabe seines Ressorts in der Schaffung der erfolgssicheren Bedingungen für die russische Beteiligung an dem internationalen wirtschaftlichen System, wenn er für die „Ökonomisierung der russischen Außenpolitik“ plädierte.<sup>2</sup> In seiner Rede vor dem Föderationsrat im Februar 1998 betonte der erste Präsident der Russischen Föderation Boris El'cin wiederholt die Notwendigkeit der Stärkung des wirtschaftlichen Faktors in der russischen Außenpolitik und der Steuerung der Außenbeziehungen für die höchstmögliche ökonomische Profiterzielung.<sup>3</sup> Hinter diesen

---

<sup>1</sup> im Amt des Außenministers von 1990 bis 1996.

<sup>2</sup> Einen Überblick über neues außen- und sicherheitspolitisches Denken des post-sowjetischen Russland bieten Beverly Crawford: *The New Security Dilemma Under International Economic Interdependence*, in: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol.23, No.1, 1994, S. 25-55; Sergei Kortunov/Andrei Kortunov: *From „Moralism“ to „Pragmatics“: New Dimensions of Russian Foreign Policy*, in: *Comparative Strategy*, Vol.13, No.3, 1994, S. 261-276; Margot Light: *Foreign Policy Thinking*, in: Neil Malcolm/Alex Pravda/Roy Allison/Margot Light: *Internal Factors in Russian Foreign Policy*, Oxford: Oxford University Press for The Royal Institute of International Affairs, 1996, S. 33-10; C.A. Wallander: *The Economization, Rationalization, and Normalization of Russian Foreign Policy*, PONARS-Memo, No.1, July 1997, URL: <http://www.fas.harvard.edu>; Sergei Smolnikov: *Russian Politics in a Time of Uncertainty*, in: *Asia-Pacific Review*, Vol.6, No.1, 1999, S. 43-56; Ognian N. Hishov: *Wirtschaftspolitik im postsowjetischen Raum. Internationale Finanzorganisationen bestimmen die Richtung*, Berlin: SWP-Studie, März 2002.

<sup>3</sup> Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier: *Conceptual, Internal, and International Aspects of Russia's Economic Security*, in: Alexei G. Arbatov/Karl Kaiser/Robert Legvold (Hg.): *Russia and the West. The 21<sup>st</sup> Century Security Environment*. NY: EastWestInstitut, 1999, S. 77-98, hier S. 77.

Aussagen verbarg sich eine grundlegende Abwägung der notwendigen Anpassung der außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien an die Bedingungen für die Erhaltung der westlichen finanziellen Unterstützung.

Um die Glaubwürdigkeit seiner außenpolitischen Umwälzung zu unterstreichen, wurden im Jahre 1993 im Rahmen des ersten Umschuldungsabkommens mit dem Pariser Club die gesamten Auslandsschulden des zaristischen Russland und der Sowjetunion gegenüber den westlichen Industriestaaten im Umfang von rund 100 Mrd. US-Dollar von der Russischen Föderation übernommen.<sup>4</sup> Gleichzeitig wurde die Entwicklungs- sowie Militärhilfe an ehemals befreundete Länder eingestellt<sup>5</sup> und die politische wie auch wirtschaftliche Interessensphäre auf die Handelspartner- und Kreditgeber-Staaten<sup>6</sup> verlagert. Die Ideologie wurde in den bilateralen Kooperationsvorgängen beiseitegeschoben und diplomatische Beziehungen wurden oft mit gleichlaufendem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen aufgenommen (z. B. mit der Republik Korea, Israel, Saudi-Arabien). Solches außenpolitisches Vorgehen erzielte einen ökonomischen Profit: die Zusage der Finanzunterstützung von internationalen Finanzorganisationen (von dem Internationalen Währungsfond, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, sowie von westlichen Regierungen), auch die Öffnung der Türen einiger westlicher Institutionen: Russland wurde in die Runde des Pariser Clubs und des Europarats sowie der führenden

---

<sup>4</sup> Roland Götz: Ökonomische Voraussetzungen und Rahmenbedingungen russischer Außenpolitik, in: Osteuropa, 4/2001, S. 366-376, hier S. 371.

<sup>5</sup> Insgesamt bezifferte sich die wirtschaftliche Unterstützung der Staaten der Dritten Welt von der Sowjetunion während des Kalten Krieges laut russischen Angaben auf 50 Mrd. US\$. (Andrei I. Chektunov/Nataliya A. Ushakova/Leon Z. Zenin: Economic Assistance to Developing Countries, in: Richard E. Feinberg/Ratchik M. Avakov (Hg.): U.S. and Soviet Aid to Developing Countries: From Confrontation to Cooperation, Oxford: Transaction, 1991, S. 93-122, hier S. 101. Siehe auch: Charles R. Dannehl: Politics, Trade, and Development: Soviet Economic Aid to the Non-Communist Third World, 1955-89, Adlershot: Dartmouth, 1995.)

<sup>6</sup> Ausführliche Darstellung findet sich bei Thorsten Hickmann: Westliche Wirtschaftskooperationen mit Rußland: Tropfen auf den heißen Stein?, in: Osteuropa, 1/1996, S. 30-39; Vladimir Pankov: Die Transformation der russischen Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Wirtschaft, 4/1996, S. 313-327; Efim S. Khesin: The Intersection of Economics and Politics in Russia, in: Alexei G. Arbatov/Karl Kaiser/Robert Legvold (Hg.): Russia and the West. The 21<sup>st</sup> Century Security Environment, NY: EastWestInstitute, 1999, S. 98-128.

Wirtschaftsnationen G7 als achtes Mitglied<sup>7</sup> aufgenommen und in die Gespräche über seinen Beitritt zur Welthandelsorganisation einbezogen.

Aber wenn ökonomischen Faktoren im außenpolitischen Handlungsraum eine hohe Priorität zugesprochen wurde, handelte Russland nicht nur aus der Position seiner Schwächen und wirtschaftlichen Rückständigkeit<sup>8</sup>, sondern versuchte sich zu behaupten. Es wurde nach neuen Wegen des profitablen außenwirtschaftlichen Absatzes der Produktion des militärindustriellen Komplexes gesucht, was gelegentlich für Bedenken der westlichen Nationen sorgte. So traf die Steigerung legaler und illegaler Lieferungen der Rüstungs- und Nukleartechniken an die von den USA später als „Schurkenstaaten“ bezeichneten Länder<sup>9</sup> auf einen heftigen Widerspruch seitens des Westens. Aufgrund der daraus hervorgegangenen Bedrohung wurden 75 Prozent der gesamten US-amerikanischen Finanzhilfe für die Russische Föderation für die Entnuklearisierungs- und Waffenvernichtungsmaßnahmen eingesetzt.<sup>10</sup>

El'zins Regierung versuchte in den 1990er Jahren Russland trotz des ohnehin eingeschränkten Anziehungspotenzials für ausländisches Kapital in Russland gesetzlich gegen den „Ausverkauf des Vaterlandes“ vorzugehen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden Rechtsvorschriften erlassen und Maßnahmen ergriffen, die weiterhin das Investitionsklima für

---

<sup>7</sup> Einen guten Überblick bieten dazu Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier: Rußland, „Gipfel der Acht“ und internationale Wirtschaftsorganisationen, in: Außenpolitik, IV/1997, S. 335-345.

<sup>8</sup> Zur wirtschaftlichen Situation Russlands in den 1990er Jahren siehe Nodari Simonia: Domestic Developments in Russia, in: Gennady Chufirin (Hg.): Russia and Asia: The Emerging Security Agenda, Oxford: Oxford University Press for SIPRI, 1999, S. 52-80; Sergei Smolnikov: Russian Politics in a Time of Uncertainty, in: Asia-Pacific Review, Vol.6, No.1, 1999, S. 43-56.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Stephen Blank: Russia as Rogue Proliferator, in: Orbis, Vol. 44, No.1, Winter 2000, S. 91-107; vgl. auch Ingo Mannteufel: Rußland und die USA vor dem Jahr 2000. Auf dem Weg in eine neue Konfrontation, in: Osteuropa, 1/2000, S. 31-41; Frank Umbach: Russia as 'Virtual Great Power': Implications for its Declining Role in European and Eurasian Security, in: European Security, Vol.9, No.3, Autumn 2000, S. 87-122; Andreas Heinemann-Grüder/Maike Petersen: Nuklearproliferation aus der GUS, in: Osteuropa, 5/1993, S. 429-440.

<sup>10</sup> Aus der Rede von M. Albright vor dem U.S.-russischen Wirtschaftsrat am 2. Oktober 1998, in: U.S.Strategy for Responding To Russia's Transformation, U.S. Department of State Dispatch, 10/1998, S. 2-5, hier S. 3.

ausländische Anleger verschlechterten.<sup>11</sup> Unverständlich bei solchen Gegebenheiten war für westliche Beobachter die unter vielen Russen weit verbreitete Furcht, Russland zum „Rohstoffanhängsel“ des Westens degradieren zu lassen, wenn 40 Prozent des russischen Exports nämlich ohnehin das Naturpotenzial und Rohstoffe stellten. Es bestand auch ein Missverhältnis zwischen russischer sicherheitspolitischer Bedrohungsperzeption und wirtschaftlichen Interessen, das auf die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Interessen unterschiedlicher innenpolitischer Akteure und sicherheitspolitischen Aspekten des Staates zurückzuführen war. Zur Illustration dienen beispielsweise Konfrontationen zwischen hochprofitablen Waffenhandelsgeschäften der Verteidigungsindustrie mit der VR China und langfristiger Bedrohungsprojektion im Fernen Osten, zwischen dem Einsatz der japanischen Investitionen im Russischen Fernen Osten und strategischen Sicherheitsüberlegungen über die Kurilen-Inseln.

Die ökonomische Komponente des außen- und sicherheitspolitischen Handelns war auch für die russischen Denkschulen der 1990er Jahren ein Begriff. Die außenpolitische Idee der „geopolitischen Schule“ mit ihrer Kernthese über eine besondere Stellung Russlands in der Weltpolitik war mit der protektionistischen Politik der Interessengruppen wie der Schwerindustrie, des militärindustriellen Komplexes, der Agrarwirtschaft sowie Teilen der militärischen Führung<sup>12</sup> rückgekoppelt. Aus ihrer Sicht blieb Russland trotz seiner

---

<sup>11</sup> Umfassende Darstellung Thorsten Hickmann: Westliche Wirtschaftskooperation mit Rußland: Tropfen auf den heißen Stein?, in: Osteuropa, 1/1996, S. 30-39; Hiroshi Kimura: Politics and Economics in Russo-Japanese Relations, in: Ted Hopf: Understandings of Russian Foreign Policy, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press, 1999, S. 211-250.

<sup>12</sup> „Der einzige Bereich, wo die Militär noch zu sagen hatten, war die Formulierung der nationalen Sicherheitspolitik, nicht zuletzt wegen des Informationsmonopolismus in diesem Bereich“. Hans-Henning Schröder: The Russian Army in Politics, in: Roy Allison/Christoph Bluth (Hg.): Security Dilemmas in Russia and Eurasia, Oxford: the Royal Institute of International Affairs, 1998, S. 50-65, hier S. 61; Siehe hierzu auch auch: Peggy Falkenheim Meyer: Russia's Post-Cold War Security Policy in Northeast Asia, in: Pacific Affairs Vol.67, No.4, Winter 1994-95, S. 492-512; Hannes Adomeit: Russia as a „Great Power“ in World Affairs: Images and Reality, in: International Affairs, Vol.71, No.1, 1995, S. 35-68; Frank Umbach: The Role and Influence of the Military Establishment in Russia's Foreign and Security Policies in the Yeltsin Era, in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol.9, No.3, September 1996, S. 467-500; Horst Hofmann: Entwicklungslinien russischer Außen- und Sicherheitspolitik, Strausberg: Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, 2/1997, S. 16; Rafis Abasov: Politika Rossii v ATR: smena paradigm, in: MEiMO, 2/1997, S. 23-34; Chikahito Harada: Russia and North-East Asia, Adelphi Paper 310, Oxford: Oxford University Press for IISS, 1997.

wirtschaftlichen Rückständigkeit eine global zu respektierende und agierende Großmacht aufgrund seiner territorialen Größe, seiner spezifischen geographischen Lage zwischen Ost und West sowie seines nuklearen Besitzums.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren wurde von dem größten Teil der russischen Elite die Bewahrung des Großmachtstatus<sup>13</sup> angesehen. Die Idee der Wiederherstellung der Supermacht beruhte auch auf der Selbstbehauptung der Militärs, welche den Erhalt der militärischen Stärke unabhängig von der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft forderten.<sup>14</sup> Liberale Ökonomen und Politiker vertraten im Gegensatz dazu die Auffassung, dass das wirtschaftlich vom Westen abhängige Russland nicht berechtigt war, eine konfrontierende und ambitionöse Außenpolitik auszuüben.<sup>15</sup> In einem von der Russischen Akademie der Wissenschaften stammenden Bericht wurde auch hervorgehoben, dass die Russische Föderation entsprechend ihres sozio-wirtschaftlichen Zustands und aufgrund mangelnder politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ressourcen nicht als Großmacht zu betrachten sei.<sup>16</sup> Immerhin brachte der volkswirtschaftliche Engpass mit der Folge der Einschränkung des Verteidigungsbudgets neue sicherheitspolitische Mechanismen auf die Tagesordnung, als die gesamten

---

<sup>13</sup> „Die nationalen Interessen der RF in der internationalen Sphäre besteht in [...] der Festigung der Positionen Rußlands als Großmacht.“ Osteuropa-Archiv: Rußlands neue „Konzeption der nationalen Sicherheit“, März 2000, S. A83-A107, hier S. A 90; zur Kritik siehe: Frank Umbach: Russia as ‚Virtual Great Power‘: Implications for its Declining Role in European and Eurasian Security, in: European Security, Vol.9, No.3, Autumn 2000, S. 87-122.

<sup>14</sup> Vgl. Andreas R. Fahrner: Die Streitkräfte als Faktor der russischen Politik, in: Internationale Politik, 11/1995, S. 31-38, insbes. S. 32f; vgl. auch Frank Umbach: The Role and Influence of the Military Establishment in Russia’s Foreign and Security Policies in the Yeltsin Era, in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol.9, No.3, September 1996, S. 467-500, insbes. S. 469; N. Sagladin: „Novyj mirovoj besporjadok“ i vnešnjaja politika Rosii, in: MEiMO, 1/2000, S. 14-26, insbes. S. 18.

<sup>15</sup> N. Arbatova: Otnošenija Rossii i Zapada posle kosovskogo krisisa, in: MEiMO, 6/2000, S. 14-23, hier S. 20.

<sup>16</sup> RAN RF: Nacional’no-gosudarstvennye interesy Rossii i ee vnešnjaja politika, Moskau, 1994, S. 1.

Militärausgaben im Zeitraum 1992-1995 um 45% schrumpften und weiterhin sanken.<sup>17</sup>

Das Verständnis, dass die Grundlage der nationalen Sicherheit auch den wirtschaftlichen Aspekt einschließt<sup>18</sup>, wurde in offizielle Dokumente eingebracht<sup>19</sup>, zum ersten Mal in dem Gesetz „Über Sicherheit“ im Jahre 1992 bekräftigt<sup>20</sup> und später in die „Konzeption der nationalen Sicherheit“ (1997) übernommen<sup>21</sup>. Erst das nationale Sicherheitskonzept 1997 unterstrich die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen bei der Lösung der kritischen inneren Situation und der internationalen Positionierung Russlands.<sup>22</sup> Nach der Wirtschaftskrise 1998 setzte sich das Verständnis für den wirtschaftlichen Aspekt der Sicherheitspolitik durch, was später in der „Konzeption der nationalen Sicherheit 2000“ Berücksichtigung fand:

*„Im Bereich der Wirtschaft haben die Bedrohungen einen komplexen Charakter und sind vor allem bedingt durch eine wesentliche Verringerung des Bruttoinlandsprodukts, durch die Verminderung der Investitions- und*

---

<sup>17</sup> Zum russischen Rüstungssektor siehe Petra Opitz: Das Dilemma der Rüstungskonversion in Rußland, in: Osteuropa-Wirtschaft, 2/1993, S. 134-150; A. Arbatov: Rossija: nacional'naja besopasnost' v 90-e gody, in: MEiMO, 8-9/1994, S. 5-19; Richard F. Staar: Moscow's Plans to Restore Its Power, in: Orbis, Vol.40, Summer 1996, S. 375-389; Petra Opitz: Der russische Rüstungssektor im Aufwind?, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1/2001, S. 3-18; Heinz Magenheimer: Die russischen Streitkräfte: Zustand, Problematik, Stellenwert, in: Osteuropa, 6/1998, S. 564-575; Robert W. Duggleby: The Disintegration of the Russian Armed Forces, in: Strategic Digest, Vol.28, No.10, Oktober 1998, S. 1603-1618.

<sup>18</sup> „Wirtschaftliche Sicherheit kann hier definiert werden als eine Bedrohung der Funktionsfähigkeit unserer sozio-ökonomischen Systeme durch eine Veränderung der äußeren Parameter“. Wolfgang Hager: Europe's Economic Security, Non-Energy Issues in the International Political Economy, Paris: Atlantic Institute, The Atlantic Papers No.3, 1976, zit. bei: Hanns W. Maull: Erdgas und wirtschaftliche Sicherheit. Zukunftsprobleme für die Bundesrepublik und den Westen, Bonn: Forschungsinstitut der DGAP, 1981, S. S. 1.

<sup>19</sup> Zur Diskussion über die wirtschaftliche Sicherheit siehe I. N. Rodinov: Nacional'naja besopasnost' - eto ne tol'ko oborona, in: Krasnaja zvezda, 13.5.1992, N. Kosolapov: Nacionalnaja bezopasnost' v menjajuščemsja mire, in: MEiMO, 10/1992, S. 5-20; I. P. Faminskij: Vnešnie aspekty nacional'noj ekonomičeskoj bezopasnosti Rossii, in: T. G. Parchalina (Hg.): Problemy global'noj bezopasnosti: materialy seminarov v ramkach naučno-issledovatel'skoj i informacionnoj programmy, Moskva: RAN, 1995, S. 5-16; V. A. Semjonov: Bezopasnost' Rossii i ee geopolitičeskij aspekt: metodologičeskie voprosy, in: Ebd., S. 17-29.

<sup>20</sup> URL: <http://www.scrf.gov.ru/Documents/2646-1.html>

<sup>21</sup> Veröffentlicht in Krasnaja zvezda, 27.12.1997.

<sup>22</sup> Vgl. hinzu Clifford G. Daddly: The Price of the Past: Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 1996.

*Innovationsaktivität und des wissenschaftlich-technischen Potenzials, durch die Stagnation des Agrarsektors, durch das Ungleichgewicht im Bankensystem, durch die Zunahme der äußeren und inneren Staatsverschuldung und durch die Tendenz zum Überwiegen von Brenn- und Rohstoffen sowie energetischen Bestandteilen bei den Exporten und zum Überwiegen von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern, darunter solche von primärer Wichtigkeit, bei den Importen. [...] Negative Prozesse in der Wirtschaft liegen den separatistischen Bestrebungen einer Reihe von Subjekten der RF zugrunde. Dies führt zur Verstärkung der politischen Instabilität, zur Schwächung des einheitlichen ökonomischen Raumes Russlands.*<sup>23</sup>

Drei wichtige Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit Russlands wurden in den 1990er Jahren in Betracht gezogen: 1) die Energieressourcensicherheit, die nicht auf die potenzielle Bedrohung der künftig zu erwartenden Knappheit der Energievorräte zurückzuführen war, sondern eine Herausforderung für die Modernisierung der Infrastruktur reflektierte, 2) die Lebensmittelsicherheit, die auf den Rückgang der eigenen Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie auf die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen zurückging; 3) der Widerstand gegen die von den Vereinigten Staaten angestrebte unipolare Weltordnung, während die Prioritäten der Außenpolitik zur Überwindung der wirtschaftlichen Dominanz der USA eingesetzt werden sollten.

Unter dem Druck dieser ökonomisch bedingten Probleme und ihrer Überschneidung mit den offiziellen Richtlinien der russischen Außen- und Sicherheitspolitik sind drei Perioden im Verlauf der 1990er Jahre zu erkennen<sup>24</sup>. In der ersten Phase (1991-1993) wurde die

---

<sup>23</sup> Osteuropa-Archiv: Rußlands neue „Konzeption der nationalen Sicherheit“, März 2000, S. A83-A107, hier S. A 90; M. Siehe hierzu auch Jakub Godzimirski: Russian National Security Concepts 1997 and 2000: A Comparative Analysis, in: European Security, Vol.9, No.4, Winter 2000, S. 73-91.

<sup>24</sup> Darüber informieren Olga Alexandrova: Entwicklung der außenpolitischen Konzeptionen Rußlands, BIOst-Bericht, 13/1993; Heinz Timmermann: Rußlands Außenpolitik: Die europäische Dimension, in: Osteuropa, 6/1995, S. 495-508; Celender A. Wallander: The Russian National Security Concept: A Liberal-Statist Synthesis, PONARS-Memo No.30, July 1998, URL: <http://www.fas.harvard.edu>; Jurii Fjodorov: Krisis vnešnej politiki Rossii. Konceptual'nyj aspekt, in: Pro et Contra, Vol.6, No.1-2, 2001, S. 31-49.

Außenpolitik den Interessen der Marktwirtschaftsreformen und der grundlegenden Entmilitarisierung des Staates untergeordnet, mit großer Hoffnung auf die westliche wirtschaftliche Unterstützung. Während der zweiten Phase (Mitte 1993-1996), als der „Marshall-Plan-II“ immer noch auf sich warten ließ<sup>25</sup> und die politische Stellung Russlands in der Weltpolitik aus der Sicht der russischen Elitenkreise wenig akzeptiert zu werden schien, erfuhr die Großmacht- und Nationalrhetorik einen großen Stellenwert, um sich dann später (1996-99) in eine skeptische Wahrnehmung der Kooperation mit dem Westen und in eine klare Konkurrenzansage an ihn in der Zone des ehemaligen sowjetischen Einflusses umzuwandeln.

Die Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Dimension der russischen Außen- und Sicherheitspolitik rückt die Frage ins Blickfeld, wessen wirtschaftliche Interessen von den außenpolitischen Entscheidungsträgern vertreten werden.<sup>26</sup> Einerseits gab die Person des Außenministers eine gewisse Note der geographischen Hervorhebung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Orientierung: Es wird von einer pro-westlichen Politik Kosyrevs und einer asiatischen Richtung der Außenpolitik Primakovs gesprochen<sup>27</sup>. Eine entscheidende Bedeutung für eine engere Verbindung der außenwirtschaftlichen Politik mit dem offiziellen außenpolitischen Kurs des Staates hatte der Präsidenten-Ukaz vom 12. März 1996 „Über die

---

<sup>25</sup> Der Westen hat recht wenig zur Sicherung der Demokratie und der „zivilisierten“ Marktwirtschaft in Russland beigetragen, - klagen die Russen. Laut Anders Aslund haben die USA 1948-49 im Rahmen des Marshall-Plans 2,1% ihres BIP für den Wiederaufbau Westeuropas zur Verfügung gestellt, 1995 aber nur 0,01% zugunsten der sowjetischen Nachfolgestaaten. (Anders Aslund: *How Russia Became a Market Economy*, Washington, D.C: Brookings, 1995, hier S. 218-220.) Hannes Adomeit erklärt westliches Zögern bei der Gewährung von Finanzhilfen für Russland mit der großen Kapitalflucht aus dem Land nach Westen, was ausländische Finanzhilfe sinnlos machte. (Hannes Adomeit: *Der Zerfall staatlicher Ordnung in Rußland*, in: *Internationale Politik*, 54 (2-3), S. 93-100, hier S. 96.) Zur Kritik der geringen Effektivität westlicher Hilfsmaßnahmen siehe Dirk Holtbrügge: *Westliche Hilfsmaßnahmen für Rußland – vor dem Offenbarungseid?*, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 3/1994, S. 153-164; Frank Evers: *Die Investitionsklima in Rußland*, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 3/1997, S. 315-330; Cristoph Royen: *Der Westen und Rußland – Lehren aus der Krise*, in: *Osteuropa*, 1/1999, S. 79-88.

<sup>26</sup> Einen guten Überblick über die Akteure der russischen Außenpolitik bieten Neil Malcolm/Alex Pravda/Roy Allison/Margot Light (Hg.): *Internal Factors in Russian Foreign Policy*, Oxford: Oxford University Press for The Royal Institute of International Affairs, 1996; Nikolai Skokov: *Domestic Structure, Economic Growth, and Russian Foreign Policy*, PONARS-Memo No.23, October 1997, URL: <http://www.fas.harvard.edu>

<sup>27</sup> im Amt des Außenministers von 1996 bis 1998.

koordinierte Rolle des Außenministeriums in der Verwirklichung einer einheitlichen außenpolitischen Linie der Russischen Föderation“ sowie die Gründung der Abteilung der wirtschaftlichen Reformen im Außenministerium, was dem Chef des Ressorts in der Formulierung der außenwirtschaftlichen Prioritäten grünes Licht gab und gleichzeitig auch den gewissen Prozess der „Ökonomisierung“ der russischen Außenpolitik demonstrierte<sup>28</sup>. Andererseits traten wirtschaftliche Strukturen als autonome außenpolitische Akteure auf, die ihre eigenen Interessen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (vor allem in den ölgewinnenden Republiken), den Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas sowie Ostasiens festsetzten und die Prioritäten in vielen außenpolitischen Fragen zu beeinflussen suchten.

Die Klassifikation der in den Gestaltungsprozess der russischen Außenpolitik involvierten wirtschaftlichen Akteure wurde von dem ehemaligen Premier-Minister Viktor Černomyrdin<sup>29</sup> vorgegeben. Zur ersten Gruppe hob er die exportorientierten Branchen hervor wie die naturgas- und ölgewinnende Industrie, die Verarbeitungsindustrien der energetischen Kohle und Buntmetalle. Zum zweiten nannte er die auf die Versorgung des Innenmarktes orientierten Industrien – Maschinenbau-, Automobil-, Leicht-, Ernährungs- und Pharmaindustrien. Zur dritten Gruppe zählte er die Rüstungsindustrie.<sup>30</sup> Obwohl die primär auf den Innenmarkt orientierten Branchen in den 1990er Jahren keine detaillierten außenpolitischen Interessen hatten und aufgrund der Konkurrenzunfähigkeit ihrer Produktion mit den importierten Waren an protektionistischen staatlichen Maßnahmen interessiert waren, vermieden diese jedoch jegliche Grundsätze der außenpolitischen Konfrontation, die aus ihrer Sicht wiederholt die Umverteilung der Finanzressourcen des Staates zugunsten des militärindustriellen Komplexes beeinflussen konnte. Die ökonomischen Gruppen wie Finanzelite, exportierende Naturgas- und Ölkonzerne und international konkurrierende

---

<sup>28</sup> Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier: Conceptual, Internal, and International Aspects of Russia's Economic Security, in: Alexei G. Arbatov/Karl Kaiser/Robert Legvold (Hg.): Russia and the West. The 21<sup>st</sup> Century Security Environment, NY: EastWestInstitute, 1999, S. 77-98, hier S. 77; In dieser Richtung argumentiert auch Margot Light: Foreign Policy Thinking, in: Neil Malcolm/Alex Pravda/Roy Allison/Margot Light (Hg.): Internal Factors in Russian Foreign Policy, Oxford: Oxford University Press for The Royal Institute of International Affairs, 1996, S. 33-100, insbes. S. 65.

<sup>29</sup> im Amt des Minister-Präsidenten von 1993 bis 1998.

<sup>30</sup> Nach dem Interview mit V. S. Černomyrdin in: Nezavisimaja gazeta, 7.04.1998.

Unternehmen der Weltraumindustrie waren ebenfalls im Gegensatz zu den Kreisen des militärindustriellen Komplexes um eine tiefere Integration in die Weltwirtschaft bemüht und nicht an den außenpolitischen Strategien interessiert, die internationale wirtschaftliche Kooperation verhindern oder zu Konflikten mit den westlichen Industrienationen führen könnten.<sup>31</sup>

#### **4.2.1. Energiepolitik als diplomatischer Faktor<sup>32</sup>**

Die Russische Föderation ist einer der führenden Energieproduzenten, der über 70 Prozent seiner gewonnenen Öl- und Naturgasressourcen exportiert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fuhr die neue russische Führung mit der Praxis fort, den Export der Rohstoffe für die Erreichung außenpolitischer Ziele einzusetzen.<sup>33</sup> Im innenpolitischen Aspekt wurden die Naturressourcen zur Basis politischer Ansprüche der wirtschaftlichen Akteure (z. B. Gazprom, Lukoil) sowie des Separatismus und der Unabhängigkeitsbewegungen: Öl in Tschetschenien, Gold und Diamanten in Jakutien, Naturgas in Turkmenistan, Aluminium in Tadschikistan.

Russland versuchte die Energieabhängigkeit der Staaten der ehemaligen Sowjetunion für die Durchsetzung unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Konzessionen zu nutzen.<sup>34</sup> In die Energiediplomatie der Russischen Föderation wurde die Verschuldung der

---

<sup>31</sup> Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier: Conceptual, Internal, and International Aspects of Russia's Economic Security, in: Alexei G. Arbatov/Karl Kaiser/Robert Legvold (Hg.): Russia and the West. The 21<sup>st</sup> Century Security Environment, NY: EastWestInstitute, 1999, S. 77-98, hier S. 78.

<sup>32</sup> Ausführliche Analyse der Formierung der russischen energetischen Diplomatie bietet u.a.: S. Z. Žisnin: Energetičeskaja diplomaija, Moskva: Naučnaja kniga, 1999; „Gasovye“ prioritety Rossijskoj diplomatii, in: Diplomičeskij vestnik, Februar 2000, URL: [http://www.lh.mid.ru/website/dip\\_vest](http://www.lh.mid.ru/website/dip_vest)

<sup>33</sup> Formirovanie ēnergetičeskoj diplomatii Rossii, in: Diplomičeskij vestnik, September 1999, S. 5-8, hier S. 5.

<sup>34</sup> In diese Richtung argumentieren Ustina Markus: Energy Crisis Spurs Ukraine and Belarus to Seek Help Abroad, in: Transition, Vol.2, No.9, 3.May 1996, S. 14-18; Jakov Pappé: Neftjannaja i gasovaja diplomatija Rossii, in: Pro et Contra, Vol.2, Sommer 1997, URL: <http://pubs.carnegie.ru/p&c>; Peter Rutland: Oil, Politics, and Foreign Policy, in: David Lane (Hg.): The Political Economy of Russian Oil, Lanham: Rowman&Littlefield, 1999, S. 163-189.

Nachbarstaaten, die Stellung der Bedingungen für die Lieferung (nach Westen) und Rechtstreitigkeiten (z. B. um Kasprien) als Druckmittel eingesetzt. Die Reaktion der Nachbarstaaten auf die Verbindung der Schulden mit den Rohstofflieferungen war unterschiedlich. Während der weißrussische Präsident Alexander Lukašenko die politische Treue Russlands im Tausch gegen Schuldenstreichung annahm, wandte die Ukraine sich in die entgegengesetzte Richtung und suchte nach alternativen Lieferungsressourcen. Entsprechend war die Reaktion Russlands: während die Energieschulden Weißrusslands im Gegenzug für die Zusage für die russisch-weißrussische Union und das gewährte Recht auf Dislozierung der russischen Truppen auf dem Territorium des benachbarten Staates 1996 gestrichen wurden, war Russland aus politischen Gründen gezwungen, eine neue Pipeline nach Westen zu bauen, um die Abhängigkeit von der ukrainischen Strecke zu reduzieren. Seit 1996 wird eine neue Pipeline von Jamal (Nordsibirien) über Weißrussland nach Polen und Deutschland gebaut. Die Erfolge der „Gasdiplomatie“ in der „baltischen Richtung“ hatten einen positiven Effekt auf die bilateralen Beziehungen der Russischen Föderation mit Lettland, Litauen und Estland.<sup>35</sup> Ein nächstes Beispiel für das russische Vorgehen zur Stärkung seiner internationalen Stellung und des politischen Einflusses in den 1990er Jahren stellte der ausgeübte Druck auf die mittelasiatischen und kaukasischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion wie Kasachstan, Turkmenistan und Azerbaidžan aufgrund ihrer Abhängigkeit von Moskaus Gunst in Fragen der Transittrassen und Nutzung des russischen Rohrleitungssystems dar. Es ging um

*„die beste und kostengünstigste Transportroute der Energierohstoffe aus der Kaspischen Region nach Westen. Russland und russische Energieunternehmen plädierten für die Nutzung einer schon bestehenden Ölleitung von Azerbajdschan über Russland (Tschetschenien) zum russischen Schwarzmeerhafen Novossibirsk. Im Bund mit der Türkei, Azerbajdschan und Georgien entwickelten die USA dagegen den Plan, eine neue Leitung von Azerbajdschan über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu bauen. Während des OSZE-Gipfeltreffens 1999 unterzeichneten sie die zweite*

---

<sup>35</sup> Siehe mehr hierzu: Jakov Pappe: Neftjannaja i gasovaja diplomatija Rossii, in: Pro et Contra, Vol. 2, Sommer 1997, URL: <http://pubs.carnegie.ru/p&c>

*Variante – für Russland eine schwere strategische und wirtschaftliche Niederlage. Der damit fortgesetzte Einflußverlust Russlands im Südkaukasus wird durch die sicherheitspolitische Kooperation zwischen den USA sowie Georgien und Azerbaidtschan noch verstärkt.“<sup>36</sup>*

Zum wichtigsten Element der Strategie des weltgrößten gasgewinnenden Konzerns Gazprom gehört seine aktive außenwirtschaftliche Expansion, da seine Hauptprofite eben durch den Naturgasexport erzielt werden. Daher war die Einmischung des Unternehmens in die Formulierung der außenpolitischen Richtlinien Russlands in den 1990er Jahren deutlich spürbar. So begleitete die Führung Gazproms die Staatsrepräsentanten bei allen Auslandsreisen. Kennzeichnend war die Aussage des ehemaligen stellvertretenden Premier-Ministers der Russischen Föderation Boris Nemcov vom Jahre 1997: *„Gazprom is the pride of Russia, it is Russia’s face abroad, and the government should assist in its further developments“<sup>37</sup>*. Die russische Außenpolitik aus der Sicht Gazproms wird wie folgt zusammengefasst:

1. Die Gewährleistung eines vorteilhaften Bildes des Staates im Westen sowie der Bildung des Vertrauens für die Sicherung eigener Geschäfte. Gazprom ist jedoch bereit, aufgrund seiner wirtschaftlichen Interessen das gute Image Russlands im Westen zugunsten freundlicher Beziehungen mit der islamischen Welt aufs Spiel zu setzen:

*„Gazprom is interested in developing the Iranian gasfield in southern Pars. It has entered into a consortium with Total and Petronas to do so. This has led to friction with the USA; which has attempted to persuade the Russian government to pressurise Gazprom not to become involved in Iran. However the Russian leadership refused, and has instead affirmed its support for Gazprom involvement in the southern Pars project.“<sup>38</sup>*

---

<sup>36</sup> Ingo Mannteufel: Rußland und die USA vor dem Jahr 2000. Auf dem Weg in eine neue Konfrontation, in: Osteuropa, 1/2000, S. 31-41, hier S. 37f.

<sup>37</sup> Nach: Petroleum Report, 9-16.05.1997, S. 3.

<sup>38</sup> Nach: Petroleum Report, 7.11.1997, S. 17.

2. Die Bewahrung guter Beziehungen mit den ehemaligen sowjetischen Republiken - der Ukraine, Moldavien und Weißrussland - um Probleme mit dem Gastransit nach Westen zu vermeiden sowie die Frage der Eigentumsrechte auf die über ihre Territorien verlegten Pipelines positiv lösen zu können.
3. Die Bewahrung friedlicher Beziehungen mit südlichen Nachbarn sowie der islamischen Welt. Es nutzt Gazprom, dass der Gasexport aus Turkmenistan, Kasachstan und Uzbekistan dauernd und in größeren Volumen über seine Pipelines ging und das Unternehmen sich an dem Abbau der Fundstätte auf ihren Territorien beteiligen darf.<sup>39</sup>

Gazprom ist nicht nur bereit, dem Staat eigene außenpolitische Richtlinien aufzuzwingen, sondern auch willig, selbständig außenpolitische Propaganda zu machen, sofern es um den Einsatz der protektionistischen Maßnahmen geht. So lässt der Konzern keine ausländischen Investitionen in die ressourcenreichen russischen Regionen zu, wo er selber Fuß zu fassen sucht, wie es der Kampf mit ausländischen Unternehmen um Lagerstätten in der Barentssee zeigte.

Es bestand in den 1990er Jahren auch eine Korrelation zwischen der russischen Außenpolitik und außenwirtschaftlichen Interessen der russischen Erdölindustrie (Lukoil, Rosneft). Eine Reihe von Unternehmen hatte klar definierte Expansionsinteressen, die einer entsprechenden Ausrichtung der russischen Außenpolitik bedurften. Die Beteiligung von Ölunternehmen an der Gestaltung des außenpolitischen Auftretens ist auf ihr Interesse an der Beseitigung der Konkurrenz in erdölgewinnenden Regionen zurückzuführen. So stand beispielsweise in den 1990er Jahren die Teilnahme an Ausbauprojekten im Irak im Mittelpunkt des Interesses der

---

<sup>39</sup> Jakov Pappe: Neftjannaja i gasovaja diplomatija Rossii, in: Pro et Contra, Vol. 2, Sommer 1997, URL: <http://pubs.carnegie.ru/p&c>. Ausführliche Darstellung des außenpolitischen und –wirtschaftlichen Engagements Gazproms mit umfassenden Einzelnachweisen finden sich in Heiko Pleines: Gazprom als Sponsor der virtuellen Wirtschaft? Zur Rationalität eines russischen Wirtschaftsakteurs, in: Osteuropa-Wirtschaft, 3/2000, S. 308-315; P. Rodionov: Gazprom in Shaping Russia's Energy Strategy, in: International Affairs (Moscow), Vol.46, No.2, 2000, S. 27-31. Vgl. dazu auch Igor Khripunov/Mary Matthews: Russia's Oil and Gas Interest Groups and its Foreign Policy Agenda, in: Problems of Post Communism, No.3, May-June 1996, S. 38-49; Friedemann Müller: Ökonomische und politische Kooperation im Kaspischen Raum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/98, S. 26-36, insbes. S. 28.

russischen Ölindustrie. Die Richtlinie des russischen Außenministeriums zur Vermeidung der harten Maßnahmen der USA und einiger westlichen Staaten, die auf die Beseitigung des Hussain-Regimes abzielten, entsprach völlig der Taktik der russischen Ölkonzerne, die im Falle einer westlichen Intervention in der Region bzw. der Aufhebung der Sanktionen den gezwungenen Rückzug befürchteten. Die ersten Unternehmen, die Verträge über Lieferung irakischen Öls unterschrieben, waren die russischen – Zarubežneft', Lukoil, Nafta-Moskva. Im März 1997 erhielt das Konsortium der russischen Konzerne Lukoil, Mašinoimport und Zarubežneft' das Recht auf den Abbau der Fundstätte „Westkurna-2“ im Irak. Laut der außenpolitischen Strategie von Lukoil in den 1990er Jahren waren die Perspektiven der russischen Beteiligung in der Ölwirtschaft des Irak wichtiger als Demonstration der politischen Loyalität gegenüber der Weltgemeinschaft in der Frage der Beurteilung des diktatorischen Regimes.

Bekannt sind die Fälle, bei denen die Öllieferung im Einklang mit den politischen Richtlinien der russischen Regierung stattfand. Die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland ließ Moskau in den 1990er Jahren die Maßstäbe der Kooperation im Energiebereich minimieren. Als in Litauen 1998 infolge der großen amerikanischen Expansion durch Williams International, das zum faktischen Eigentümer des gesamten nationalen Ölkomplexes wurde, wirtschaftliche Interessen Russlands bzw. der russischen Ölkonzerne verdrängt wurden, reduzierte das russische Lukoil seine Lieferungsvolumen in die ehemalige sowjetische baltische Republik, was von der russischen Regierung aktiv unterstützt wurde, und letztenendes ein Jahr später zur Korrektur in der Privatisierungspolitik von Vilnius in der Energiepolitik führte. Eine solche Art von der Durchsetzung der staatlichen Interessen konnte aber nicht lange stattfinden, weil die Staaten ohnehin nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion alternative Ölversorgungsquellen zu entdecken suchten. Bekannt sind jedoch die Fälle, in denen die staatliche Exekutivmacht von privaten Ölunternehmen forderte, Entscheidungen entsprechend den außenpolitischen Richtlinien ungeachtet ihres wirtschaftlichen Verlustes zu treffen. Beispielsweise gab es einen Konflikt um die Beteiligung der russischen Lukoil in den Rohstoffentwicklungsprojekten von Aserbaidžan. Das Außenministerium der Russischen Föderation beharrte darauf, dass die

russischen Unternehmen nicht an dem Ausbau von aserbaidžanischen Feldern beteiligt werden dürften, solange der juristische Status des Kaspischen Meeres nicht reguliert sei. Lukoil sah in einer solchen Politik schwerwiegende Folgen für die künftige Teilnahme der russischen Ölwirtschaft in der Region voraus. Durch die von dem Unternehmen in der Regierung eingesetzte starke Lobby wurde die Frage für das private wirtschaftliche Interesse positiv entschieden.<sup>40</sup>

#### **4.2.2. Der militärindustrielle Komplex (MIK) als außenpolitischer Akteur**

Die in den 1990er Jahren geschwächte Stellung der Rüstungsindustrie im russischen volkswirtschaftlichen System ist auf die Beendigung der militärischen Konfrontation sowie einen kardinalen Niedergang der ökonomischen Potenziale des Staates zurückzuführen, was die Reduzierung der Streitkräfteaufrüstung sowie staatlicher Unterstützung der Waffenproduktion unvermeidbar machte. Der militärindustrielle und militärwissenschaftliche Komplex verlor seine einmalige Lage im staatlichen Etat. Unter diesen Umständen suchten die geschäftsführenden Kreise der Rüstungsindustrie große Korrekturen der außen- und sicherheitspolitischen Handlung durchzuführen, um die ehemalige Position der Branche zurückzugewinnen. In konzeptuellen Programmen der führenden Akteure vom MIK und der mit ihnen im Kontakt stehenden akademischen Kreise wurden folgende Grundthesen des strategischen Auftretens Russlands auf der internationalen Arena formuliert:

1. Im Grunde der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates sollte die Fortentwicklung der hochtechnologischen Industriebereiche stehen, deren Kern der militärindustrielle Komplex stellen sollte. Lediglich in diesem Fall könnte das strategische Ziel Russlands - die Bewahrung des Supermachtstatus - realisiert werden, da die Stellung des Staates auf der internationalen Arena nicht zuletzt von der Quantität und Qualität der Militär- bzw.

---

<sup>40</sup> Vgl. dazu: Anna Krekemeyer: Konflikt und Kooperation in der Kaspischen Region: Russische Interessenlagen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/98, S. 13-25.

Nuklearkräften abhängig wäre, was zur Schlussfolgerung führte, dass die Umverteilung der materiellen und Finanzressourcen des Staates zugunsten des MIK stattfinden sollte. Da diese Perspektive den Interessen der anderen volkswirtschaftlichen Branchen entgegenstanden, wurde nach rechtfertigenden Argumenten gegriffen. Es wurde beispielsweise dargestellt, wie der Westen den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands als Machtzentrum einer unipolaren Welt zu verhindern suchte. Zum Beweis der feindlichen Ansichten des Westens wurden die NATO-Osterweiterung, aggressive Politik gegen Jugoslawien, Unterstützung der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken durch die USA, Hindernisse für den Export russischer Waffen und Militärtechnologien angeführt.

2. Aus diesem Grunde sollte Russland eine aktive und harte Außenpolitik für die Durchsetzung eigener Interessen und die Stärkung des Images des Staates auf der internationalen Arena verfolgen und sich strategischen Partnerschaften mit führenden Käufern der russischen Waffen widmen.

Die vom MIK in den 1990er Jahren vertretene außenpolitische Konzeption lässt vermuten, dass die führenden Kreise der Rüstungsindustrie durch die Hervorhebung einer antiwestlichen Richtung in der russischen Außenpolitik eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren erneut stimulierten.

#### **4.2.3. Russische Regionen**

Die russischen Regionen verlegten sich auf ein starkes außenwirtschaftliches Engagement in den 1990er Jahren. Offiziell stellte Moskau zwei Bedingungen dazu: Erstens sollten alle Abkommen unter Einbeziehung des Außenministeriums vereinbart werden, und zweitens mussten die Regionen in der Lage sein, selbst Garantien für internationale Kredite zu gewähren.<sup>41</sup> Die Unterstützung des außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Engagements

---

<sup>41</sup> Eine ausführliche Darstellung des außenpolitischen Engagements der russischen Regionen mit umfassenden Einzelnachweisen findet sich bei Irina Busygina: Die Regionen Rußlands in den internationalen und außenwirtschaftlichen Beziehungen, in: Osteuropa, 11-12/1998, S. 1101-1110; Aleksandr Sergunin: Regiony i

der Regionen wurde durch den seit 1993 existierenden Konsultationsrat der Subjekte der Russischen Föderation für außenpolitische und außenwirtschaftliche Beziehungen im Außenministerium geleistet. Im Januar 1999 wurde das Gesetz „Über die Koordination der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Subjekte der Russischen Föderation“ in Kraft gesetzt, das eine positivere Wirkung auf die Selbständigkeit der Regionen in ihrem internationalen Auftreten hatte. Das wichtigste Ziel dieses Gesetzes war nicht die Übernahme der außenpolitischen Rolle der Regierung durch föderale Subjekte, sondern die Gewährung des Spielraums für ihre eigenständigen, von Moskau unabhängigen Handlungen auf der internationalen Arena für die Belebung der ausländischen Investitionen auf dem russischen Territorium.

Die Krisen 1992-1994 und 1998 haben gezeigt, wie wichtig die außenwirtschaftlichen Beziehungen für das Überleben der ganzen Regionen waren, wenn diese eine ungestörte Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern durch eigenständige Geschäfte zu sichern suchten. So bekam die Bevölkerung von Sachalin und Kurilen im krisenhaften Winter 1998 humanitäre Hilfe von Japan. Litauen und Polen leisteten Unterstützung für Kaliningrad, Finnland für Karelien und Sankt Petersburg, Norwegen für Murmansk.

#### **4.2.4. Fazit**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Spektrum der im Rahmen der russischen Außen- und Sicherheitspolitik erkennbaren wirtschaftlichen Faktoren von der Wechselwirkung zwischen Interessen russischer wirtschaftlicher Akteure und offiziellen außenpolitischen Richtlinien des Staates bis hin zum neu entstandenen Verständnis der Abhängigkeit der Sicherheitspolitik von den wirtschaftlichen Faktoren reichte. Eine pragmatisch-ökonomische Dynamik der russischen Außenpolitik war jedoch nicht immer erkennbar: beispielsweise wurden die russischen Beziehungen zu den USA oder Japan in den

---

finansovo-politčeskij crisis v Rossii: meždunarodnye aspekty, in: A. Malašenko (Hg.): Čto hotjat regiony? Moskva: Carnegie Center, 1999, S. 26-36.

1990er Jahren immer wieder von ungelösten Streitfragen bestimmt, da strategische Interessen sowie politische Ambitionen die ökonomischen Ziele weiterhin zu überlagern drohten. Im Allgemeinen entfaltete sich die „Ökonomisierung“ der russischen Außen- und Sicherheitspolitik auf der Basis folgender Problemfelder:

1. Die Verbesserung der Beziehungen zu den ehemaligen „Systemgegnern“ diente der Gewährung finanzieller Mittel. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen erfolgte in drei Bereichen: Handelsbeziehungen, Direktinvestitionen privater Akteure und ausländische Hilfe. Insgesamt haben die entwickelten Staaten Russland im Zeitraum 1990-2000 finanzielle Hilfe in Höhe von 54,7 Mrd. US\$ geleistet, der Löwenanteil wurde über Kredite zur Verfügung gestellt.
2. Das außenpolitische Engagement russischer wirtschaftlicher Akteure übte Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands aus. Der alte amerikanische Slogan „Was für General Motors nützlich ist, ist nützlich für Amerika“ hat den russischen Ausdruck bekommen: „Was für Gazprom und Lukoil nützlich ist, ist nützlich für Russland“.
3. Trotz der wirtschaftlichen Schwäche verfolgte Russland bei seinem internationalen Auftreten in den 1990er Jahren oft eine Großmachtrhetorik, nicht zuletzt unterstützt durch führende Kreise des militärindustriellen Komplexes.
4. Eine un stabile binnenwirtschaftliche Situation verursachte 1) das Scheitern der Reformen in den Jahren 1992-98, 2) die wachsende finanzielle Abhängigkeit Russlands vom Westen, 3) eine negative Wirkung der tiefen Finanzkrise auf die Gewährleistung der militärischen Sicherheit, 4) eine enorme Dominanz des Rohstoffhandels im russischen Export und 5) einen großen Anteil des Konsumgütereinkaufs am gesamten Import.
5. Die russische Energiepolitik wurde in den 1990er Jahren wie nie zuvor mit den sicherheitspolitischen Aspekten verbunden<sup>42</sup>: die Transportrouten nach Westen

---

<sup>42</sup> In dieser Richtung argumentieren Jurij Korsun: *Ėnergetičeskaja strategija Rossii do 2010 goda*, in: *Obozrevatel'*, Vol.19-20, No.4, 1994, S. 91-108; RAN (Hg.): *Ėnergetičeskaja besopasnost' Rossii*, Novosibirsk: Nauka, 1998; V. S. Pirumov: *Metodologija kompleksnogo issledovanija problem bezopasnosti Rossii*, in: T. G. Parchalina (Hg.): *Problemy global'noj bezopasnosti: materialy seminarov v ramkach nauchno-issledovatel'skoj i informacionnoi programmy*, Moskau: RAN, 1995.

erforderten die Sicherung der Lieferungen durch unsichere und nicht freundlich gesinnten Staaten der ehemaligen Sowjetunion (z. B. der Ukraine), im Süden stand Moskau vor dem Problem in der Kaspischen Region und im Osten stellte sich die Frage nach der Versorgung potenzieller geostrategischer Gegner und gleichzeitig die Bedrohung der territorialen Souveränität Russlands (VR China).<sup>43</sup>

Die Formulierung der außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien der nordostasiatischen Staaten fand im Vergleich zu Russland in starkem Maße auf der Ebene ökonomischer Interessen statt.

---

<sup>43</sup> Peter Rutland: Oil, Politics, and Foreign Policy, in: David Lane (Hg.): The Political Economy of Russian Oil, Lanham: Rowman&Littlefield, 1999, S. 163-188, hier S. 163f.